

DIE WELTWOCH

Anschlag auf die Demokratie

< >

Deutsche Aktivisten der «Letzten Generation» rufen nach Bürgermitsprache in der Klimapolitik. Sie sehen darin ein Instrument, um ihre radikalen Ziele diktatorisch umzusetzen.



Margit Osterloh und Bruno S. Frey



15.03.2023

Die radikalen Klimaaktivisten der «Letzten Generation» wollen einen «demokratischen Umbau der Gesellschaft» durch einen «Gesellschaftsrat» herbeiführen. Dieser soll per Los aus der gesamten Bevölkerung gewählt werden. Mehrere deutsche Zeitungen – unter anderen die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die *Süddeutsche Zeitung* und die *Zeit* – haben wohlwollend darüber berichtet. Leider sind sie der «Letzten Generation» auf den Leim gegangen: Die radikalen Klimaaktivisten haben keineswegs mehr Demokratie im Sinn, sondern wollen ihre Ziele, welche anderweitig nicht durchsetzbar sind, demokratisch verbrämen. Quoten erübrigen sich

Sie missbrauchen damit das Losverfahren auf undemokratische Weise. In der Schweiz hat die *NZZ* das Thema aufgenommen, aber mit der Kritik am «Gesellschaftsrat» das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Das zutiefst demokratische Losverfahren wird insgesamt diskreditiert.

Worum geht es? Der «Gesellschaftsrat» soll aus einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung bestehen. Von Expertinnen und Experten beraten, soll er in professionell moderierten Kleingruppen politische Massnahmen vorschlagen. So weit, so gut.

Hier sollen Ziele erreicht werden, die auf demokratischem Weg nicht erreichbar sind

Die Zufallsauswahl von Mitgliedern politischer Gremien hat in der Tat Vorzüge gegenüber anderen politischen Verfahren. Sie ermöglicht echte Repräsentativität. Diskriminierung, etwa nach Geschlecht, Ausbildung oder Hautfarbe, wird verhindert. Quoten erübrigen sich. Im Gegensatz dazu sind in den heutigen Parlamenten gut organisierte Interessengruppen und bestimmte Berufe krass übervertreten: Im Nationalrat sind nicht weniger als 37 Prozent Berufspolitiker. 61 Prozent der Mitglieder des Nationalrats haben einen Hochschulabschluss, gegenüber 27 Prozent in der Gesamtbevölkerung. Ausgerechnet die SP hat einen besonders hohen Akademikeranteil, nämlich 80 Prozent. Damit ist der Nationalrat ein hochselektives Organ, das weit davon entfernt ist, für die Bevölkerung repräsentativ zu sein.

Wer den Aufruf der «Letzten Generation» für einen Gesellschaftsrat (<https://letztegeneration.de/gesellschaftsrat/>) genauer anschaut, merkt rasch: Hier sollen Ziele erreicht werden, die auf demokratischem Weg nicht erreichbar sind. Dem «Gesellschaftsrat» wird ein präzises inhaltliches Ziel vorgegeben, nämlich null Emissionen bis 2030. Nur die Massnahmen zur Erreichung dieses Ziels dürfen beraten werden, nicht aber, ob dieses Ziel vernünftig oder demokratisch legitimiert ist. Die vom «Gesellschaftsrat» beschlossenen Massnahmen sind von der Regierung eins zu eins umzusetzen. Damit wird ein wichtiges Merkmal demokratischer Verfahren auf den Kopf gestellt, nämlich dass ergebnisoffen über aktuelle Fragen diskutiert werden kann.

Per Los gewählte «Bürgerräte» werden in einigen Ländern bereits erfolgreich eingesetzt – etwa in Irland zur Änderung der Verfassung. Diese Gremien muss man vor falschen Freunden wie den Klimaaktivisten schützen, welche das zutiefst demokratische Losverfahren diskreditieren. Losverfahren sind in den letzten Jahren wieder verstärkt in die Diskussion geraten. Sie waren bis zur Französischen Revolution in zahlreichen Schweizer Gemeinden allgegenwärtig, so in Basel, Bern und Glarus. Danach sind sie verschwunden, unter anderem weil die nach wie vor

dominanten Eliten die unteren Klassen von der Macht fernhalten wollten.

Chancen für Aussenseiter

Wie kann man diese Verfahren heute wiederbeleben? Eine Idee wäre, aus allen Bevölkerungsschichten zufällig gewählte Ausschüsse zu installieren, die nach einer ergebnisoffenen Diskussion dem Parlament Vorschläge unterbreiten. Diese Vorschläge müssten vom Parlament beraten werden.

Eine weitere Idee ist die qualifizierte Zufallsauswahl. So könnten die für den Bundesrat Kandidierenden innerhalb der Parteien ausgeschrieben werden. Innerparteilich müsste eine Vorauswahl nach Eignung getroffen werden, dann würde das Los entscheiden. In einem Experiment haben wir gezeigt, dass sich bei einer solchen Ausschreibung im Vergleich zu den herkömmlichen Verfahren mehr leistungsfähige Personen aus bisher wenig vertretenen Gruppen bewerben. Katja Rost und Malte Doehne von der Universität Zürich legten dar, dass auf diese Weise in Basel im 18. Jahrhundert der Einfluss des berüchtigten *Daigs* beträchtlich reduziert wurde. Mehr als dreimal so viele – vorher chancenlose – Aussenseiter wurden gewählt, welche die Interessen der kleinen Leute besser berücksichtigten.

Mit Hilfe solcher Verfahren würden die falschen Freunde des Losverfahrens rasch in den Senkel gestellt werden. Es würde deutlich: Die «Letzte Generation» will keinen «demokratischen Umbau der Gesellschaft», sondern einen autoritären Staat.

Margit Osterloh und Bruno S. Frey sind emeritierte Ökonomieprofessoren sowie Forschungsdirektoren bei Crema (Center for Research in Economics, Management and the Arts), Zürich.